

Grundsteuer: Arbeit für 120 neue Finanzbeamte?

Steuerzahlerbund kritisiert hohen Verwaltungsaufwand für das von Ministerin Heinold favorisierte wertabhängige Modell

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Gegen die von Monika Heinold geplante Variante der höchststrichterlich vorgeschriebenen Grundsteuerreform formiert sich im Norden breiter Widerstand. Wie berichtet, will Schleswig-Holsteins Finanzministerin (Grüne) das wertbasierte Modell von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) eins zu eins übernehmen und von der Möglichkeit einer Öffnungsklausel keinen Gebrauch machen. Dagegen meldeten sich zuletzt die

Landtagsfraktionen von CDU und vor allem der FDP zu Wort, auch der Eigentümerverband Haus & Grund und der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen befürchten für Eigentümer und Mieter finanzielle Verwerfungen. Inzwischen gibt es weitere kritische Stimmen.

Der Bund der Steuerzahler wies gestern auf den erheblichen Verwaltungsaufwand hin. „Man spricht von 120 zusätzlichen Finanzbeamten allein in Schleswig-Holstein, die künftig spätestens alle sieben

Jahre die Grundstücke neu bewerten müssten“, sagte Landesgeschäftsführer Rainer Kersten. Zudem befürchte man eine erhebliche zusätzliche Belastung für die Gerichte.

„Eine solche Bewertung ist immer streitanfällig.“ Kersten sagte, dass begehrte Gemein-

den am Hamburger Rand und auf den nordfriesischen Inseln ihre Hebesätze senken müssten, wenn steuerliche Aufkommensneutralität gelten sollte. Auf dem flachen Land dagegen seien die Hebesätze anzuhoben. „Künftig wäre also der Hebesatz auf Sylt oder in Ahrensburg niedriger als in Holtsee. Das kann nicht gewollt sein.“ Beim Flächenmodell entstünden solche Verwerfungen nicht.

Christian von Boetticher, Chef des CDU-Wirtschaftsrates, äußerte sich ebenfalls

skeptisch. „Die Landesregierung wird sich irgendwann entscheiden müssen, ob sie es ernst meint mit einfachen Steuergesetzen“, sagte er. „Hochkomplexe Bewertungsmodelle verteilen nicht nur, sondern entwerten das private Eigentum durch immer neue bürokratische Lasten.“ Die notwendige Entscheidung über ein wertbasiertes oder ein wertunabhängiges Modell sei deshalb „ein Lackmuster für die Grundausrichtung unserer Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein“.

➔ Auch die Gerichte dürften bei einem wertabhängigen Modell mehr zu tun haben.